



# Brüsseler Brief

Die EUD Brüssel informiert

Ausgabe September 2014



## ★ Grußwort des Vorsitzenden

Liebe Mitglieder unseres Brüsseler Verbandes,

liebe Freunde der Europa-Union Deutschland,

die Sommerpause 2014 ist zu Ende und die Institutionen der Europäischen Union sind dabei, zu neuen Ufern aufzubrechen.



Viel ist in der EU in den letzten Monaten geschehen. Wir haben einen europäischen Wahlkampf hinter uns, in dem die Parteienfamilien zum ersten Mal mit Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten angetreten sind. Leider nur in wenigen Ländern – so in Deutschland – zeitigte dies in den Wahlen vom 22. bis 25. Mai auch positive Effekte in Bezug auf die Wahlbeteiligung, so zeigen es die Analysen. Dass die Wahlbeteiligung EU-weit nicht noch weiter gesunken ist, darf allerdings bereits als kleiner Erfolg gewertet werden. Und dass die EU- oder Euro-kritischen Kräfte im Parlament gestärkt aus der Wahlschlacht hervorgegangen sind, beunruhigt zwar durchaus und wird Stimmung und Arbeitsweise im EP und zwischen den Institutionen in Zukunft beeinflussen. Aber soweit man bislang sehen kann, scheint die Schar der Skeptiker, Kritiker oder sogar der Europafeinde im Hohen Hause doch sehr heterogen zu sein. Die pro-europäischen und integrationsfreundlichen Fraktionen im Parlament verfügen über eine starke Mehrheit und haben in den vergangenen Monaten gezeigt, dass sie zum Konsens der Demokraten willig und bereit sind.

Dieser breite Konsens im Parlament und sein Geschick im Umgang mit den parlamentarischen Kräften waren mit dafür verantwortlich, dass Jean-Claude Juncker, der erfolgreiche Spitzenkandidat der EVP, nach wochenlangem Tauziehen vom Europäischen Rat als künftiger Kommissionspräsident nominiert und am 15. Juli mit der überzeugenden Mehrheit von 422 zu 250 Stimmen (bei 47 Enthaltungen und 10 ungültigen) vom Parlament ins Amt gewählt wurde. Die Besetzung der restlichen Spitzenämter und die Bildung der neuen Kommission in den kommenden Wochen stehen bevor und werden für uns Brüsseler und professionelle EU-Watcher viele spannende Momente bereut halten, die wir auch im Verband der Europa-Union begleiten und diskutieren werden.

Was aber hat dies alles mit dem Bürger zu tun? Es tut gut zu sehen, dass der neue Kommissionspräsident nicht nur die Probleme der Union analysiert hat, sondern die Arbeit seiner künftigen Exekutive auch entlang von Themen ausrichten will, die die EU-Bürger unbedingt betreffen. Darüber geben die 10 politischen Leitlinien, unter dem Titel "Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel, unter denen Jean-Claude

*Der Brüsseler Verband der Europa-Union sucht eine/n Mithelfer für die Mitgliederverwaltung. Aufwand ist maximal 1,5 Stunden pro Woche. Bei Interesse bitte E-Mail an [info@eud-bruessel.eu](mailto:info@eud-bruessel.eu)*





Juncker im Juli in Straßburg zur Präsidentenwahl antrat, beredten Ausdruck. Neue Impulse für Wachstum und Beschäftigung, ein vernetzter digitaler Binnenmarkt, eine robuste Energieunion und eine zukunftsorientierte Klimapolitik, aber auch mehr europaweiter Grundrechtsschutz, eine neue Migrationspolitik, mehr Gewicht Europas in der Welt oder eine demokratischere, transparentere Europäische Union – dies sind einige der Themen der neuen Kommission, die die Bürger ohne Zweifel ansprechen könnten, wenn den Worten Taten folgen und diese angemessen kommuniziert werden. Und wenn der Weg auch mühsam sein wird, so scheint es doch so, dass Jean-Claude Juncker mit seiner Botschaft nicht allein steht: Der Europäische Rat hat in den Schlussfolgerungen seiner Sitzung vom 26./27. Juni der Union zum ersten Male eine „Strategische Agenda in Zeiten des Wandels“ aufgegeben, die in fünf Hauptabschnitten ganz ähnliche Impulse setzt.

Bei aller Vielfalt der Auffassungen und Einzelinteressen in einer so heterogenen Gemeinschaft wie dem Europa der 28 mit seinen 505 Millionen Menschen – es zeigt sich, aus welcher Richtung der Wind weht, und die neuen Orientierungen sind zu begrüßen. Kann man damit nicht mehr Bürger für das geeinte Europa erwärmen? Und ist nicht die Ur-Botschaft der europäischen Integration – Nie wieder Krieg zwischen den Völkern Europas! – angesichts des Krieges im Osten der Ukraine und der Spannungen mit der Russischen Föderation aktueller denn je? Verdeutlichen uns die zahlreichen Gedenkfeiern, die Filme und Dokumentationen über das Grauen des Ersten Weltkrieges vor dem Hintergrund der Krisen nicht nur in unserem Osten, sondern auch in der Levante und in Nordafrika nicht beinahe täglich, wie überlebenswichtig das Friedensprojekt der Europäischen Union für die Bürger und Staaten Europas ist?

Leider sind dies alles andere als rhetorische Fragen. Wer in diesen Wochen aus Brüssel herausgekommen ist und während seines Urlaubs in Deutschland oder anderen Mitgliedstaaten der Union gereist ist, hat fast

physisch gespürt, wie weit entfernt der europäische Integrationsprozess und das Brüsseler Geschehen schon wenige Dutzend Kilometer außerhalb des Brüsseler Weichbildes dem Bürger auf der Straße erscheinen. Die Lebensrealität der Bürger ist eine andere, und die täglichen Vorteile des wachsenden Europas vom grenzenlosen Reisen im Schengen-Raum bis zur Währungsunion werden der EU nicht instinktiv zugerechnet. Krisen und Skandale werden viel eher der Europäischen Union zur Last gelegt.

Dafür ließen sich viele Beispiele zitieren, und nicht nur aus den EU-Mitgliedstaaten, die die Wirtschafts- und Schuldenkrise noch nicht völlig überwunden haben, wo die Arbeitslosigkeit 15, 20 Prozent oder höher liegt und eine ganze Generation junger Menschen trotz guter Ausbildung immer noch kaum die Möglichkeit zum Berufseinstieg hat. Auch in Deutschland sieht es nicht anders aus: In einer der reichsten Gegenden Süddeutschlands kam ich vor wenigen Wochen wie viele andere hundert Menschen jeden Tag an einem blühenden Biobauernhof vorbei. An der Hausfront hatte der Bauer verschiedene Artikel und Pressemitteilungen ausgehängt, die darüber berichteten, dass nach einer Initiative des Europäischen Parlamentes Einträge von Pollen aus genveränderten Pflanzen in Bio-Honig keiner Kennzeichnungspflicht mehr unterworfen sind. Der Bürger versteht dabei: Die Europäische Union – hier in Gestalt des Parlamentes – baut bei Bioprodukten den Schutz der Bürger ab: Genveränderte Organismen werden durch die Hintertür zugelassen und der Verbraucher kann ihnen selbst, wenn er es will, nicht entgehen, weil es ohne Kennzeichnungspflicht keine Wahlmöglichkeit mehr gibt... Ein solches Europa will der Bürger nicht. Am selben Abend, beim Glas Wein im Restaurant, prasselten auf mich eine Viertelstunde lang sämtliche wohlbekannten Vorurteile und Urteile über die Brüsseler Bürokratie herein, als meine freundlichen, weitgereisten und gebildeten Tischnachbarn bemerkten, dass ich in Brüssel arbeite und mit der EU zu tun habe. Für meine Tischnachbarn bedeutete Europäische Union nicht etwa Freiraum zur

Entfaltung der Bürger auf einem friedvollen Kontinent, sondern bürokratische Gängelung: Stabsauger, Duschköpfe, unnötige Regulierungen aller Art.

Erfahrungen wie diese verdeutlichen vielleicht, warum die Europawahl im Mai von vielen mit so viel Indifferenz aufgenommen wurde und die Wahlbeteiligung nicht höher ausfiel. In den kommenden fünf Jahren müssen die Institutionen der EU mehr tun als in der Vergangenheit, um das Europa der Bürger und Menschen voranzubringen und die Belange der Bürger aufzugreifen, statt etwas zu oktroyieren. Sie müssen nicht nur besser legitimieren und erklären, was sie tun, sondern bei der Auswahl ihrer Aktivitäten und Gesetzgebungsvorhaben die Prioritäten richtig setzen. Die Priorität beim Bürger, und Europa als Europa seiner Menschen und nicht nur der Kapitalkräfte. Nur so kann das historische europäische Einigungswerk neue Legitimität und die Unterstützung seiner Bürger gewinnen. Nur so werden sich die Bürger auch für die Union einsetzen und sich für die Bildung und Ausrichtung ihrer Institutionen interessieren – zum Beispiel bei Wahlen.

Die Perspektiven, die Jean-Claude Juncker in seinen Leitlinien dazu aufgezeigt hat, geben zu Zuversicht Anlass. In unserem Verband der Europa-Union wollen wir in den kommenden Monaten dazu diskutieren und für Europa werben. Dazu haben wir die traditionellen ER-Debriefings, die Fachveranstaltungen unserer Quo Vadis-Reihe oder auch die Veranstaltungen für die spezielle Zielgruppe der Praktikanten.

Und am 3. September haben wir unsere diesjährige Mitgliederversammlung in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Die rege Teilnahme unserer Mitglieder ermutigt uns, weiterzumachen.

Machen Sie mit und engagieren Sie sich für Europa in unserem Verband!

Ihr Dr. Michael A. Köhler

Wir möchten vier Abgeordneten, die zur achten Legislatur nicht mehr angetreten sind und Mitglieder der Europa-Union sind, einen Raum zu einem ganz persönlichen Rückblick auf Ihr Europa geben. In alphabetischer Reihenfolge:

★ **Mehr Freiheit. Mehr Sicherheit: Rückblick auf zehn Jahre im Europäischen Parlament (2004-2014)**

*von Alexander Alvaro, FDP*

Im Juni 2004 wurde ich mit 29 Jahren damals jüngster Abgeordneter des Europäischen Parlaments. Mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung und einem Staatsexamen in Rechtswissenschaften im Gepäck, stieg ich wenige Tage später



am Bahnhof Brüssel aus dem Zug und machte mich auf den Weg zu meinem neuen Arbeitsplatz. Der Nebel der einer großen Institution innewohnenden Bürokratie und Verwaltung lichtete sich in den ersten Tagen des Mandats rasch und gab den Blick frei auf die enorme kulturelle Vielfalt und die anspruchsvollen Aufgaben, die mich im Europäischen Parlament erwarten würden.

Als Reaktion auf die Bedrohung durch den Terrorismus, wurde seit der Zerstörung des World Trade Center 2001 global der Überwachungsstaat ausgebaut. Mein Leitgedanke war aber, dass mehr Freiheit zu mehr Sicherheit führt – und nicht umgekehrt. Deshalb habe ich mich nach meiner Wahl ins Europaparlament sehr rasch dafür entschieden, einen Schwerpunkt meiner Arbeit in der Innen- und Sicherheitspolitik zu setzen. Dadurch konnte ich an so spannenden Themen wie der Vorratsdatenspeicherung, dem Rechtsrahmen für elektronische Kommunikation und der neuen Datenschutzverordnung maßgeblich mitarbeiten.

Mein Ziel: Bürgerrechte müssen verteidigt, bewahrt und ausgebaut werden. Da der aus-

wuchernde Überwachungsstaat eng mit der Entwicklung neuer Technologien verbunden ist, wurde ich ebenfalls stellvertretendes Mitglied des Industriausschusses, um für Um-sicht zu werben, damit neue Technologien bereits im Design- und Zulassungsstadium freiheitsfördernd gestaltet werden können. Als innenpolitischer Sprecher betonte ich stets, dass klar sein muss, ob eine Maßnahme a) einen Mehrerwerb an Sicherheit darstellt und b) dieses Mehr an Sicherheit im angemessenen Verhältnis zum Grundrechtseingriff steht.

Mehr Sicherheit darf nicht zu Lasten von Freiheit gehen. Ohne ein Leben in Sicherheit ist die Ausübung fundamentaler Freiheitsrechte in unserer Gesellschaft nicht möglich. Unsere Bürger- und Freiheitsrechte sind grundeuropäische Werte, deswegen muss Sicherheit immer auch als Bewahrer von Freiheit begriffen werden. Allerdings darf der Sicherheit niemals so viel Gewicht beigemessen werden, dass sie die Freiheit, die sie verteidigen soll, erdrückt und gefährdet.

Vor diesem Hintergrund habe ich seit 2004 die Arbeit von Kommission und Rat intensiv begleitet, sie kritisch hinterfragt und die europäischen Bürger hierüber informiert.

Freiheit bedeutet für mich die weitestgehende Selbstbestimmung des Individuums in allen Lebensbereichen, die Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte sowie die soziale Chance zur Wahrnehmung dieser Rechte. Die Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenze am ebenso großen Anspruch anderer Menschen und zukünftiger Generationen auf Freiheit. Freiheit, wie ich sie verstehe, bedeutet stets auch Verantwortung. Dazu gehört zunächst, die Konsequenzen für das eigene Handeln zu bedenken und zu tragen, aber auch stets die Verantwortung gegenüber den Mitmenschen und den kommenden Generationen. Als Volksvertreter verstand ich meine Aufgabe darin, vor allem die längerfristigen Folgen politischen Handelns zu berücksichtigen. Zukünftige Gestaltungsmöglichkeiten

dürfen nicht beschnitten werden, um kurzfristig Wohlstand und Privilegien zu sichern.

Ich hoffe, dass die Parlamentarier der kommenden Legislaturperioden diese Verantwortung übernehmen wollen und werden.

*Alexander Alvaro war innenpolitischer Sprecher der Liberalen (2004-2009), stv. Vorsitzender des Haushaltsausschusses (2009 - 2011) und Vizepräsident des Europäischen Parlaments (2012-2014)*

### ★ Mein Europa

Von Jutta Hau, SPD

20 Jahre war ich Mitglied im Europäischen Parlament, vier Legislaturen habe ich parlamentarisch-gesetzgeberisch auf europäischer Ebene gearbeitet. Nun beginnt für mich ein neuer Lebensabschnitt – keineswegs ohne Europa, aber ohne tägliche „Tretmühle“. Wie könnte ich auch ohne Europa leben? Europa gehört zu meinem ganzen Leben.



Aufgewachsen in einem sozialdemokratischen Elternhaus, begonnen lesen und schreiben zu lernen, als die ersten sechs Staaten die Europäische Gemeinschaft bereits beschlossen hatten und lebten, gab es für mich keinen Zweifel, dass die Europäische Einigung nicht nur Pflicht, sondern auch Wunsch eines jeden Europäers war. Derart sozialisiert, brauchte ich also kein „Erweckungserlebnis“, „mein Europa“ war von Beginn an klar. Auch wenn sich das jetzt so anhört, als sei „mein Europa“ das pure Bauchgefühl, kann ich versichern: das ist es keineswegs.

Schon als Kinder haben wir gelernt, unsere Haltungen, unsere Entscheidungen und unsere Handlungen zu überdenken und mit Verstand zu begründen. So war meine Idee von

Europa nicht das gefühlige, völkerverständigungs-gemeinsame Europa. Für mich war klar und ist es bis heute: die Europäische Einigung war die große und einzige Chance Deutschlands nach dem verheerenden Krieg, mit dem es nicht nur Europa, sondern die ganze Welt überzogen hatte, und nach dem unvorstellbar abscheulichen Verbrechen des Holocaust wieder in die demokratische Völkergemeinschaft aufgenommen zu werden.

Nicht nur im Elternhaus, auch in der Schule lernten wir, dass viele Probleme in vielen Politikfeldern nur noch in europäischer Zusammenarbeit, wenn nicht gar weltweit, gelöst werden können. Der Nationalstaat in seiner alten Form hatte für uns ausgedient.

Meine Kindheit und Jugend verbrachte ich in dem sicheren Wissen: ich bin eine deutsche Europäerin. Auch als Erwachsene und Politikerin war und ist meine Identität „Europäerin im Ruhrgebiet“ oder „Ruhrgebietsfrau in Europa“, schließlich vereinte ich wie die meisten Menschen im großen Meltingpot durch meine Familie Polen, Spanier, Südwestfalen, Schlesier und westliche Westfalen in mir. Diese Identität hat mich auch alle Jahre durch mein Abgeordnetendasein im Europäischen Parlament getragen. Politik auf europäischer Ebene mitzugestalten, dabei mit beiden Beinen, selbst mit dem Kopf fest in der eigenen Region verankert zu sein, hat mich als Politikerin sehr zufriedengestellt. Dass ich mir als Hauptaufgabe im Parlament nun ausgerechnet den Haushalt der Europäischen Union ausgesucht habe, sollte eigentlich nicht verwundern: money makes the world go round. Zahlen sind nicht meine Leidenschaft, aber notwendig, um die Politik, die sich dahinter verbirgt, mit beeinflussen zu können. Und das will ich!

„Du musst das Leben nehmen, wie es ist! Du darfst es nur nicht so lassen!“ war mein Antrieb für alles, was ich auf allen Ebenen und zu allen Zeiten getan habe. Auch für „mein Europa“ gilt das. Wir werden weiter arbeiten müssen auf dieser großen Baustelle – Weiterbau: ja! – Rückbau: nein!

*Jutta Haug war von 1994 bis 2004 Abgeordnete der SPD und stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses sowie Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln für eine nachhaltige Europäische Union nach 2013.*

### ★ 35 Jahre Mitglied des Europäischen Parlaments: Ein persönlicher Rückblick

*Von Hans-Gert Pöttering, CDU*

Als die Bürgerinnen und Bürger aus neun europäischen Staaten im Jahre 1979 erstmals das Europäische Parlament wählten, war das ein ganz besonderes Ereignis. Deutschland war geteilt, Europa war geteilt, die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen waren von der Sowjetunion okkupiert. Zu diesem Zeitpunkt konnte niemand ahnen, dass nur 10 Jahre später der Fall der Mauer und die Öffnung der Grenzen in Richtung Mittel- und Osteuropa die Völker Europas wieder näher zueinander bringen würde. All dies hätte ich im Jahre 1979, als ich mit 33 Jahren als jüngster Abgeordneter meiner Fraktion in das erste direkt gewählte Europäische Parlament einzog, nicht zu hoffen gewagt. Viele „gestandene“ Politikerpersönlichkeiten waren 1979 unter den Parlamentariern, wie der ehemalige Bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel, der frühere Ministerpräsident Schleswig-Holsteins und Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel oder Bundeskanzler a.D. Willy Brandt. Ich habe es als großes Privileg empfunden, mit diesen Menschen zusammenzuarbeiten. Damals hatten die Abgeordneten noch kein Mitentscheidungsrecht in der Gesetzgebung, doch schrittweise konnten wir uns den Einfluss erkämpfen und unsere Möglichkeiten erweitern.



So hat das demokratisch gewählte Europäische Parlament seit dieser Zeit immer mehr



an Bedeutung gewonnen: Von der anfänglich nur beratenden Versammlung entwickelte es sich hin zu einem mit dem Ministerrat gleichberechtigten Mitgesetzgeber in nahezu allen Politik-Bereichen. Auch wenn wir noch nicht am Ende dieser Entwicklung stehen, so habe ich in meinen verschiedenen Aufgaben, besonders als Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion (1999-2007) und als Präsident des Europäischen Parlaments (2007-2009), dazu beitragen können, unser Mitspracherecht gegenüber den anderen Institutionen entscheidend zu stärken. Insbesondere die Kontrollrechte gegenüber der EU-Kommission waren ein wichtiger Schritt zu mehr Demokratie.

Mehr als die Hälfte meines bisherigen Lebens bin ich heute Abgeordneter des Europäischen Parlaments. Ich erinnere mich gerne an die vielen besonderen Momente, die ich miterleben und mitgestalten durfte. Zu einem der freudigsten Ereignisse zähle ich die Deutsche Einheit am 3. Oktober 1990, die ohne die mutigen Menschen in unseren östlichen Nachbarländern nicht möglich gewesen wäre und die - anders als in manchen Hauptstädten Europas - hier im Europäischen Parlament begrüßt und unterstützt wurde. Dass die Parlamentarier sich mehrheitlich für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, für Freiheit und Demokratie aussprachen, war ein sehr schönes Gefühl von Vertrauen unter Kollegen. Als ein sehr bewegendes Erlebnis habe ich in Erinnerung, als wir am 1. Mai 2004 zehn Staaten aus Mittel- und Osteuropa in der Europäischen Union (EU) willkommen heißen konnten, darunter zahlreiche ehemalige Mitglieder des Warschauer Pakts. Die friedliche Überwindung der Teilung Europas bleibt für mich das Wunder unserer Generation.

Dankbar bin ich auch dafür, dass ich als Präsident des Europäischen Parlaments zusammen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel als Präsidentin des Europäischen Rates und José Manuel Durão Barroso, dem Präsidenten der Europäischen Kommission, anlässlich des 50. Jahrestages der Römischen Verträge am 25. März 2007 die „Berliner Erklärung“ unterzeichnen durfte, die zum Vertrag von Lissa-

bon führte. Zudem war ich am 12. Dezember 2007 Mitunterzeichner der „Charta der Grundrechte“ der EU, die mit dem Vertrag von Lissabon rechtswirksam wurde. Darin wurde die Grundlage unserer Wertegemeinschaft verbindlich in Worte gefasst.

Meine schwierigste politische Aufgabe bleibt für mich das »Haus der Europäischen Geschichte«, welches ich in meiner Programmrede als Präsident des Europäischen Parlaments anregte und seitdem als Vorsitzender des Kuratoriums begleite. Nachdem wir unzählige Hürden überwunden haben, ist nun endlich die Zielgerade in Sicht. Die erforderlichen Umbauarbeiten am Gebäude im Parc Léopold, direkt neben dem Parlamentsgebäude in Brüssel, gehen gut voran und wir sind zuversichtlich, das „Haus der Europäischen Geschichte“ spätestens Anfang 2016 eröffnen zu können. Die Ausstellung soll ein Ort der Begegnung sein, welcher uns Europäerinnen und Europäer, vor allem die junge Generation, an die tragische Geschichte unseres Kontinents mit zwei Weltkriegen im 20. Jahrhundert und die Errungenschaften der europäischen Einigung als Union des Friedens und der Freiheit erinnert.

Als nunmehr einziger Abgeordneter, der dem Europäischen Parlament seit der ersten Direktwahl vor 35 Jahren ununterbrochen angehört, bin ich mehr als 3.500 Kolleginnen und Kollegen begegnet. Viele meiner langjährigen Weggefährten sind mir Vertraute und gute Freunde geworden. Wenn ich jetzt das Parlament verlasse, verspüre ich große Dankbarkeit, auf dreieinhalb Jahrzehnte erfüllte Arbeit und bereichernde Begegnungen zurückblicken zu können. Gemeinsam haben wir viel erreicht, oder um es mit den Worten aus der Berliner Erklärung zu sagen: „Wir sind zu unserem Glück vereint.“

*Dr. Hans-Gert Pöttering war der einzige Abgeordnete, der dem Europäischen Parlament seit der ersten Direktwahl im Jahr 1979 ununterbrochen bis 2014 angehörte. Er war Landesvorsitzender der Europa-Union Niedersachsen von 1981 bis 1991, Präsident der*

*Europa-Union Deutschland von 1997 bis 1999, Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei und Europäischer Demokraten (EVP-ED) von 1999 bis 2009 und von 2007 bis 2009 Präsident des Europäischen Parlaments. Seit 2010 ist er Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Im März 2014 erschien seine politische Autobiographie „Wir sind zu unserem Glück vereint – Mein europäischer Weg“.*

### ★ Bye, bye Brüssel....

Von Heide Rühle, Grüne

Ich verlasse Brüssel mit einem weinenden und einem lachenden Auge:



Erleichtert habe ich den Trolley in die hinterste Ecke gestellt, die wöchentlichen Reisen nach Brüssel oder Straßburg werde ich sicher nicht vermissen. Auch auf den Abstimmungsmarathon oder die vielen Gremiensitzungen verzichte ich gerne und Prestige-Ämter waren mir schon lange eher eine Last.

Vermissen werde ich die konstruktive Sacharbeit über Fraktionsgrenzen hinweg, die auch Mitglieder kleinerer Fraktionen Einfluss auf wichtige Entscheidungen ermöglichte. Das war eine ganz neue Erfahrung für mich. Auch die Möglichkeit sich mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Mitgliedstaaten auszutauschen und so aus erster Hand die Probleme vor Ort kennen und verstehen zu lernen wird mir fehlen. Eine meiner schönsten Erfahrungen war ein Gespräch mit einer jungen polnischen Studentin während einer Delegationsreise nach Krakau. Für sie war das Beste an der EU, dass sie nun mit mir, einer älteren Deutschen, auf englisch kommunizieren könne, ohne Belastungen durch die Vergangenheit beider Länder. Das große multinationale Europa ist eine Bereicherung!

Allerdings nicht für alle. Der Europawahlkampf hat deutlich gemacht, dass dieses große multinationale Europa auch Ängste und Ressentiments weckt. Le Pen, Farage und Wilders schwimmen auf dieser Welle, sie haben sie aber nicht geschaffen. Es gibt die Angst in diesem Europa zu den Verlierern zu gehören. Und ich hoffe das neugewählte Parlament wird sich auch um die bemühen, die in großer Distanz zur EU leben. Dazu braucht es aber auch die Unterstützung der nationalen Politikerinnen und Politiker. Viel zu häufig nutzen diese die EU in erster Linie für die eigenen Interessen und die eigene Machtabsicherung. Europa wird so zum Spielball nationaler Politik. Auch das trägt zum Missmut über die EU bei.

Europa gilt zunehmend als bürokratisch und herzlos. Auf der einen Seite wird die Regulierung kleinster Alltagsfragen beklagt, gleichzeitig werden aber auch viele Reformanforderungen als Deregulierung gewohnter Strukturen erlebt und befürchtet. Nun war es noch nie einfach in Krisenzeiten Politik zu machen, allerdings hatte man in Brüssel doch häufig den Eindruck der Politik sei diese Krise gar nicht mehr voll bewusst.

In Krisenzeiten sollte man sich auf das Wesentliche konzentrieren. Sätze wie diesen hat man in diesem Europawahlkampf viel gehört. An der Frage aber was nun das Wesentliche ist, wird sich noch viel Streit entzünden. Sicher bei den Ölkännchen sind wir uns alle einig, kritischer wird schon wenn es um den Erhalt gewachsener Strukturen z.B. in der Daseinsvorsorge geht. Oder nehmen wir die Ökodesignrichtlinie. Welche Anreize darf Europa setzen, wenn es um die Förderung innovativer energiesparenderer Geräte geht. Wie weit darf und kann Industriepolitik gehen?

Ich werde bei diesen Fragen nicht mehr mitmischen, da mischt sich Erleichterung mit Bedauern. Doch dafür gibt es viel Neues wofür ich bisher nie genügend Zeit hatte. Und die Auseinandersetzung mit Europa beginnt ja schon im Kleinen.

Ich wünsche den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen viel Glück und hoffe, sie bauen für viele in den nächsten 5 Jahren eine Brücke nach Europa.

*Heide Rühle war von 1990-1991 Sprecherin des Bundesvorstandes und von 1991-1998 Politische Geschäftsführerin der Grünen. 1999 war sie Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen bei der Europawahl und von 2002-2004 stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament. Abgeordnete im Europäischen Parlament war sie von 1999-2014.*

### ★ Europa vor der Wahl

In Zusammenarbeit mit der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich hatte die Europa-Union am 8. April 2014 zur Veranstaltung „Europa vor der Wahl“ eingeladen. Nach der Begrüßung durch Friedrich von Heusinger, Leiter der Vertretung des Landes Hessen bei der EU, führte Prof. Dr. Frank Hoffmeister, Vorstandsmitglied des Brüsseler Verbands der Europa-Union Deutschland, in die Thematik ein. Im Anschluss diskutierten die Abgeordneten Dr. Udo Bullmann, Vorsitzender der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Daniel Caspary, handelspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion, Markus Ferber, damaliger Vorsitzender der CSU-



Foto: Alexander Louvet

Landesgruppe im Europäischen Parlament, Rebecca Harms, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament, Alexander Graf Lambsdorff, Vorsitzender der FPD-Gruppe im EP und Gabriele Zimmer, Frakti-

onsvorsitzende der Fraktion Vereinte Europäische Linke. Die Diskussion wurde moderiert von Dr. Detlef Fechtner, EU-Korrespondent bei der Börsenzeitung. Wir freuen uns, dass der gemeinsamen Einladung über 350 Personen gefolgt sind.

### ★ "Im Osten viel Neues? - Perspektiven für die Östliche Partnerschaft"

Am 5. Mai 2014 luden die Europa-Union und die Hessische Landesvertretung zu einem weiteren Sandwich-Lunch in die Vertretung des Landes Hessen bei der EU eingeladen. Nach Begrüßung durch den Leiter der Vertretung Friedrich von Heusinger und einer Einführung durch Niels Schuster, Mitglied im Vorstand der EUD Verband Brüssel, hielt Prof. Dr. Michael Köhler, Vorsitzender des Brüsseler Verbandes und der Direktor für Nachbarschaftspolitik in der Generaldirektion für Entwicklung und Zusammenarbeit der Europäischen Kommission ein Impulsreferat. Dabei ging er besonders auf die Konzeption der Nachbarschaftspolitik der EU ein und betonte die an Werten orientierte Außenpolitik der EU, die sich gerade nicht nur an eigenen Interessen orientiere. Gerade angesichts der aktuellen Entwicklungen in der Ukraine sei es notwendig zu betonen, dass die Nachbarschaftsabkommen die bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen der Staaten nicht einschränken sollen und damit eben nicht gegen Russland gerichtet seien, sondern den Menschen in diesen Staaten die Möglichkeit eröffnen, sich für eine Weiterentwicklung ihrer gesellschaftlichen Ordnung frei entscheiden zu können.

*Die EUD-Sandwich-Lunches finden in loser Reihenfolge statt. Das Konzept ist einfach. Sandwich mitbringen und über Mittag mit einem interessanten Referenten diskutieren.*

### ★ Veranstaltung zum „Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP“

Am 12.03.2014 luden die EUD Brüssel und die Hessische Landesvertretung gemeinsam zu einem „Sandwich-Lunch“ in die Vertretung des Landes Hessen bei der EU ein. Für Fragen und Antworten rund um das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und

den USA stand den Teilnehmern Prof. Dr. Frank Hoffmeister, stellvertretender Kabinettschef des EU-Handelskommissars Karel de Gucht und Vorstandsmitglied der EUD Brüssel, zur Verfügung.



Neben Wachstumsimpulsen wird von dem Abkommen nach Einschätzung von Prof. Hoffmeister auch eine Signalwirkung für die Handelsbeziehungen mit anderen Partnern der EU ausgehen. Im Bereich des Marktzugangs sei das Ziel, Zölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse zu reduzieren sowie beide Märkte für Dienstleistungen zu öffnen. Dies bedeute jedoch nicht, dass europäische Standards abgesenkt würden. Die Zulassungsverfahren in der EU blieben in Kraft. Mit Blick auf den umstrittenen Investitionsschutz verwies Prof. Hoffmeister auf die Ende März eingeleitete Konsultation der EU-Kommission. Da es sich bei TTIP um ein völkerrechtliches Abkommen handle, müssten am Ende des Verfahrens Rat und EP ihre Zustimmung geben. Es liege daher auch im Eigeninteresse der Kommission, dass das Ergebnis der Verhandlungen mehrheitsfähig ist.

#### ★ "Im EUD-Debriefing mit dem polnischen EU-Botschafter Marek Prawda

Auf Einladung der EUD Brüssel informierte der polnische Ständige Vertreter, Herr Botschafter Dr. Marek Prawda, am 24.03.2014 im Brüsseler Goethe-Institut über die Ergebnisse des Frühjahrstreffens der europäischen Staats- und Regierungschefs. Neben den Bereichen Klima und Energie sei das Ratstreffen

von den aktuellen Entwicklungen in der Ukraine überschattet worden, die wiederum Rückwirkungen auf die Energiepolitik der EU haben könnten. Als Land mit energieintensiven Industriezweigen könne sich Polen einen radikalen Ausstieg aus der Kohle nicht leisten. Wirtschaftspolitisch bedeute eine verstärkter Übergang zu Erdgas auch mehr Abhängigkeit. EU-Botschafter Prawda sah die Krise in der Ukraine jedoch auch als Chance, die Potenzial für eine neue europäische Erzählung berge: „Wir müssen der Aspiration der Demonstranten vom Maidan einen Namen geben“, so der EU-Botschafter. Nur so könnten deren Emotionen für konstruktive Reformen in der Ukraine fruchtbar gemacht werden.

#### ★ „Brüssel persönlich – Aus dem Maschinenraum der EU“

Am 29.04.2014 luden die EUD Brüssel und der Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes NRW, Dr. Marc Jan Eumann, zu der Veranstaltung „Brüssel persönlich – Aus dem Maschinenraum der EU“ ein.



Foto: Schmitt/LV NRW

Das neue Format sollte insbesondere denjenigen eine Bühne bieten, die im eher grauen Bereich der großen technischen Arbeits- und Entscheidungsmechanik Europas, dem Maschinenraum der Europäischen Union, eine Rolle in den Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen spielen, und ihren persönlichen Erfahrungen, Einsichten und Erfolgsrezepten für den europäischen Integrationsprozess. Unter der Moderation von Sabine Seeger diskutierten u.a. Prof. Dr. Karsten Rudolph, Vera Brenzel, Karl-Friedrich Falkenberg, Dr. Guido Peruzzo, Ruth Reichstein, Dr.

Rudolf Strohmeier, Rolf-Dieter Krause und Thomas Wobben. Aus aktuellem Anlass der anstehenden Fernsehdebatten zwischen den Spitzenkandidaten zur Europawahl wurde u.a. die Frage kontrovers diskutiert, welche Rolle Politik und Medien bei der Vermittlung europäischer Politik spielen können und sollen.

### ★ EUD-Veranstaltung "Im Osten viel Neues? - Perspektiven für die Östliche Partnerschaft"

Am 05.05.2014 luden die EUD Brüssel und die Hessische Landesvertretung gemeinsam zu einem weiteren Sandwich-Lunch in die Vertretung des Landes Hessen bei der EU ein.

Dabei hielt der Direktor für Nachbarschaftspolitik in der Generaldirektion für Entwicklung und Zusammenarbeit der Kommission (und Vorsitzende der EUD Brüssel), Prof. Dr. Michael Köhler, ein Impulsreferat, in dem er besonders auf die Konzeption der Nachbarschaftspolitik der EU einging. Die an Werten orientierte Außenpolitik der EU orientiere sich gerade nicht nur an eigenen Interessen. Angesichts der aktuellen Entwicklungen in der Ukraine sei es notwendig zu betonen, dass die Nachbarschaftsabkommen die bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen der Staaten nicht einschränken sollen und damit eben nicht gegen Russland gerichtet seien, sondern den Menschen in diesen Staaten die Möglichkeit eröffnen, sich für eine Weiterentwicklung ihrer gesellschaftlichen Ordnung frei entscheiden zu können.

Dabei seien die aktuellen Entwicklungen in den weiteren für ein Assoziierungsabkommen in Frage kommenden Staaten Georgien oder Moldau durchaus differenziert zu bewerten, da den jeweils unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Realitäten Rechnung zu tragen sei. Es dürfe auch nicht vergessen werden, dass Reformen in diesen Staaten absolut notwendig seien und hierfür selbstverständlich auch die Unterstützung der Mitgliedstaaten der EU erfolgen müsse.

### ★ Nach der Wahl: Wie weiter mit Europa?

Nach der Wahl des EP am 25.05.2014 sind deren Auswirkungen auf die nationalen und europäischen Politiken und auf die EU Institutionen noch nicht abzusehen. Die EUD Brüssel und die Vertretung des Landes Hessen bei der EU haben deshalb am 04.06.2014 zu der Veranstaltung „Nach der Wahl: Wie weiter mit Europa?“ eingeladen, um eine intensive Wahlanalyse zu betreiben und die Auswirkungen der Wahl zu erörtern.



Foto: Alexander Louvet

Der Hessische Staatssekretär für Europaangelegenheiten, Mark Weinmeister, brachte in seiner Begrüßungsansprache zum Ausdruck, dass bei dieser Wahl erstmals die Möglichkeit bestanden habe, politische Inhalte durch Spitzenkandidaten zu personifizieren und damit eine große Chance gegeben war, europäische Themen besser zu den Wählern zu transportieren. Im Anschluss erfolgte eine ausführliche, sich auf unterschiedliche Mitgliedstaaten der EU beziehende, Wahlanalyse von Anne Lauenroth von der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Die Aufstellung von Spitzenkandidaten hat nach ihrer Einschätzung vor allem in Deutschland und Luxemburg zu einer höheren Wahlbeteiligung beigetragen. Ansonsten sei insbesondere in Ländern mit starken EU-skeptischen Strömungen eine höhere Wahlbeteiligung zu beobachten gewesen. Die Polarisierung im Wahlkampf habe in vielen Mitgliedstaaten weniger entlang inhaltlicher Themen stattgefunden, sondern sich eher um die Frage pro/contra EU gedreht. Trotz aller Kritik

würden die EU-Institutionen jedoch in vielen Mitgliedstaaten weiterhin ein höheres Vertrauen genießen als die nationalen Institutionen.

### ★ **Letztes EUD-Debriefing mit EU-Botschafter Peter Tempel**

Am 30.06.2014 berichtete der Ständige Vertreter Deutschlands bei der EU, Peter Tempel, auf Einladung der EUD Brüssel im Goethe-Institut über das Treffen des Europäischen Rates, das am 26. und 27. Juni stattfand. Der Vorsitzende der EUD Brüssel, Prof. Dr. Michael Köhler, dankte dem scheidenden EU-Botschafter für seine stete Bereitschaft, das interessierte Brüsseler Publikum im Rahmen der EUD-Debriefings aus erster Hand über die Ereignisse bei den EU-Ratstreffen zu informieren. Botschafter Tempel betonte zunächst, dass auf der Agenda des Rates nicht nur die in den Medien sehr präsente Debatte um das zukünftige europäische Spitzenpersonal rund um den Kommissionspräsidenten gestanden habe, sondern auch bedeutende inhaltliche Beschlüsse und die Gedenkveranstaltung in Ypern anlässlich des hundertsten Jahrestags des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs. Inhaltlich hob Tempel die nun unterzeichneten EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, Moldau und Georgien hervor, die gemeinsam mit Ypern ebenfalls die friedensstiftende Wirkung des europäischen Projekts verdeutlichten. Zum Europäischen Semester und den länderspezifischen Empfehlungen sagte Tempel, dass der „Prozess mittlerweile sehr gut akzeptiert“ werde und die nationale Umsetzung immer besser werde. Die neue strategische Agenda, die von Herman van Rompuy, dem Präsidenten des Europäischen Rates, erarbeitet wurde, solle die „Arbeit der Institutionen leiten“ und sei „ein Arbeitsauftrag für die nächsten fünf Jahre“. U.a. werden in der strategischen Agenda Themen wie Migration, Asyl, Sicherheit und Justiz angesprochen. Neben den inhaltlichen Schwerpunkten des Gipfels habe natürlich auch die Personaldebatte eine wichtige Rolle gespielt, nach der Jean-Claude Juncker mit großer Mehrheit für das Amt des Kommissionspräsidenten vorgeschlagen worden sei. Die Einführung dieses

neuen Prozesses sei ein Teil der europäischen Einigung, allerdings sollten Bedenken einzelner Mitgliedstaaten ernst genommen und zukünftig so früh wie möglich ausgeräumt werden.

### ★ **10 Fragen an Benjamin Hartmann**

#### **1. Tätigkeit:**

Mitglied des Juristischen Dienstes der Europäischen Kommission (Team Handelspolitik und WTO)



#### **2. In Brüssel seit:** 2008

#### **3. Hobbys:**

Chinesisch lernen. Durch China reisen. Niederländisch lernen. Belgien und die Niederlande besser kennenlernen. Regenschirme sammeln. Wandern in den Ardennen. Laufen.

#### **4. Man trifft mich:**

Etwa mit Neffe und Nichte auf der "Ferme Nos Pilifs". Oder bei einem Bummel durch die Marollen am Wochenende.

#### **5. Mein Geheimtipp in Belgien:**

Kajakfahrt auf der Semois mit einem Picknick zu Füßen der malerischen Burg Bouillon.

#### **6. Meine Buchempfehlung:**

"Ostende: 1936, Sommer der Freundschaft", von Volker Weidermann. Ein Buch zum Leben in einem Übergang. Und auch mit ein paar Bemerkungen zu Belgien, etwa: "Das Land der Vitalität, Kraft, Energie und eines intensiven, eines anderen Lebens. Das war es, was er an diesem Land, an diesem Meer so liebte."

#### **7. Lieblingszitat oder Motto**

Sometimes being a brother or sister is even better than being a superhero.

#### **8. Bei der Europa-Union bin ich dabei:**

Ich engagiere mich bei der Europa-Union, weil ich die Zusammenarbeit als sehr positiv empfinde. Durch die Europa-Union kommen Ge-



sprache und Diskussionen zustande, die mir wichtig sind. Die Europa-Union bringt Menschen zusammen, die sich im Beruf, im Alter, in der Herkunft und auch in den Ansichten durchaus unterscheiden, die aber das Interesse am Thema "Europa" vereint. Seit ich als Student beitrage, haben mich diese Diskussionen sehr geprägt.

### 9. Europa bedeutet für mich:

Bereits während der Schulzeit Wochen und Monate etwa in Frankreich, Polen und Großbritannien verbringen zu können. Das Studium in Frankreich beginnen zu können und es nach weiteren Semestern in anderen EU-Staaten schließlich zum Beispiel in Deutschland abschließen zu können. Freunde in anderen Teilen Europas zu haben. Europa als Alltag zu erleben. Manchmal nicht zu wissen, welche Sprache wohl die Menschen sprechen werden, denen man auf der Straße als nächstes begegnen wird. Andere Sichtweisen zu erleben. Zu lernen. Das Gefühl, an einem Projekt mitzuwirken, dessen Schönheit zum Teil auch in seiner Schwierigkeit liegt.

### ★ Info-Veranstaltungsreihe exklusiv für Praktikanten

Gibt es in Ihrer Organisation **generische E-Mailadressen**, die von Praktikanten verwendet werden, wie [praktikant@organisation.eu](mailto:praktikant@organisation.eu)? Schicken Sie sie uns an [info@eud-bruessel.eu](mailto:info@eud-bruessel.eu) und wir nehmen auch Ihren Stagiaire in unseren Verteiler auf.

### ★ Termine

Anlässlich des 100. Jahrestages des Beginns des 1. Weltkriegs bieten wir eine Tagesfahrt nach Ypern am Sonntag, der 19. Oktober 2014 (ganztägig) an. Der Kostenbeitrag 20 € für Busfahrt, Eintritt Museum sowie Stadtfüh-

rung, in englischer Sprache sind 20,- Euro. Anmeldung bis spätestens 10. Oktober 2014 an [ypres2014\\_eudbruessel@yahoo.de](mailto:ypres2014_eudbruessel@yahoo.de)

### ★ Mitteilungen

Die Beitragsrechnungen für das Jahr 2014 wurden im September versandt.

Wenn sich Ihre Anschrift oder E-Mailadresse ändert, so geben Sie uns bitte umgehend Bescheid.

### ★ Impressum

Europa-Union Deutschland e.V.  
Verband Brüssel  
c/o UEF  
Square de Meeûs 25  
B - 1000 Brüssel  
Tel: 02 8086259 · Fax: 02 791 5795  
E-Mail: [info@eud-bruessel.eu](mailto:info@eud-bruessel.eu)  
[www.eud-bruessel.eu](http://www.eud-bruessel.eu)

**Redaktion:** Christoph Fuchs, Georg Becker  
Redaktionsschluss: 20.09.2014

**Fotonachweise:** Abgeordnete: alle Europäisches Parlament, sofern nicht anders gekennzeichnet, alle anderen Europa-Union Deutschland, Verband Brüssel

### Bankverbindung:

Konto: 363-0201214-76 (ING)  
IBAN: BE91 3630 2012 1476  
BIC: BBRUBEBB





# Brüsseler Brief

Die EUD Brüssel informiert

Ausgabe September 2014



## ★ Grußwort des Vorsitzenden

Liebe Mitglieder unseres Brüsseler Verbandes,

liebe Freunde der Europa-Union Deutschland,

die Sommerpause 2014 ist zu Ende und die Institutionen der Europäischen Union sind dabei, zu neuen Ufern aufzubrechen.



Viel ist in der EU in den letzten Monaten geschehen. Wir haben einen europäischen Wahlkampf hinter uns, in dem die Parteienfamilien zum ersten Mal mit Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten angetreten sind. Leider nur in wenigen Ländern – so in Deutschland – zeitigte dies in den Wahlen vom 22. bis 25. Mai auch positive Effekte in Bezug auf die Wahlbeteiligung, so zeigen es die Analysen. Dass die Wahlbeteiligung EU-weit nicht noch weiter gesunken ist, darf allerdings bereits als kleiner Erfolg gewertet werden. Und dass die EU- oder Euro-kritischen Kräfte im Parlament gestärkt aus der Wahlschlacht hervorgegangen sind, beunruhigt zwar durchaus und wird Stimmung und Arbeitsweise im EP und zwischen den Institutionen in Zukunft beeinflussen. Aber soweit man bislang sehen kann, scheint die Schar der Skeptiker, Kritiker oder sogar der Europafeinde im Hohen Hause doch sehr heterogen zu sein. Die pro-europäischen und integrationsfreundlichen Fraktionen im Parlament verfügen über eine starke Mehrheit und haben in den vergangenen Monaten gezeigt, dass sie zum Konsens der Demokraten willig und bereit sind.

Dieser breite Konsens im Parlament und sein Geschick im Umgang mit den parlamentarischen Kräften waren mit dafür verantwortlich, dass Jean-Claude Juncker, der erfolgreiche Spitzenkandidat der EVP, nach wochenlangem Tauziehen vom Europäischen Rat als künftiger Kommissionspräsident nominiert und am 15. Juli mit der überzeugenden Mehrheit von 422 zu 250 Stimmen (bei 47 Enthaltungen und 10 ungültigen) vom Parlament ins Amt gewählt wurde. Die Besetzung der restlichen Spitzenämter und die Bildung der neuen Kommission in den kommenden Wochen stehen bevor und werden für uns Brüsseler und professionelle EU-Watcher viele spannende Momente bereit halten, die wir auch im Verband der Europa-Union begleiten und diskutieren werden.

*Der Brüsseler Verband der Europa-Union sucht eine/n Mithelfer/in für die Mitgliederverwaltung. Aufwand ist maximal 1,5 Stunden pro Woche. Bei Interesse bitte E-Mail an [info@eud-bruessel.eu](mailto:info@eud-bruessel.eu)*

Was aber hat dies alles mit dem Bürger zu tun? Es tut gut zu sehen, dass der neue Kommissionspräsident nicht nur die Probleme der Union analysiert hat, sondern die Arbeit seiner künftigen Exekutive auch entlang von Themen ausrichten will, die die EU-Bürger unbedingt betreffen. Darüber geben die 10 politischen Leitlinien, unter dem Titel "Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel, unter denen Jean-Claude Juncker im Juli in Straßburg zur Präsidenten-





wahl antrat, beredten Ausdruck. Neue Impulse für Wachstum und Beschäftigung, ein vernetzter digitaler Binnenmarkt, eine robuste Energieunion und eine zukunftsorientierte Klimapolitik, aber auch mehr europaweiter Grundrechtsschutz, eine neue Migrationspolitik, mehr Gewicht Europas in der Welt oder eine demokratischere, transparentere Europäische Union – dies sind einige der Themen der neuen Kommission, die die Bürger ohne Zweifel ansprechen könnten, wenn den Worten Taten folgen und diese angemessen kommuniziert werden. Und wenn der Weg auch mühsam sein wird, so scheint es doch so, dass Jean-Claude Juncker mit seiner Botschaft nicht allein steht: Der Europäische Rat hat in den Schlussfolgerungen seiner Sitzung vom 26./27. Juni der Union zum ersten Male eine „Strategische Agenda in Zeiten des Wandels“ aufgegeben, die in fünf Hauptabschnitten ganz ähnliche Impulse setzt.

Bei aller Vielfalt der Auffassungen und Einzelinteressen in einer so heterogenen Gemeinschaft wie dem Europa der 28 mit seinen 505 Millionen Menschen – es zeigt sich, aus welcher Richtung der Wind weht, und die neuen Orientierungen sind zu begrüßen. Kann man damit nicht mehr Bürger für das geeinte Europa erwärmen? Und ist nicht die Ur-Botschaft der europäischen Integration – Nie wieder Krieg zwischen den Völkern Europas! – angesichts des Krieges im Osten der Ukraine und der Spannungen mit der Russischen Föderation aktueller denn je? Verdeutlichen uns die zahlreichen Gedenkfeiern, die Filme und Dokumentationen über das Grauen des Ersten Weltkrieges vor dem Hintergrund der Krisen nicht nur in unserem Osten, sondern auch in der Levante und in Nordafrika nicht beinahe täglich, wie überlebenswichtig das Friedensprojekt der Europäischen Union für die Bürger und Staaten Europas ist?

Leider sind dies alles andere als rhetorische Fragen. Wer in diesen Wochen aus Brüssel herausgekommen ist und während seines Urlaubs in Deutschland oder anderen Mitgliedstaaten der Union gereist ist, hat fast physisch gespürt, wie weit entfernt der euro-

päische Integrationsprozess und das Brüsseler Geschehen schon wenige Dutzend Kilometer außerhalb des Brüsseler Weichbildes dem Bürger auf der Straße erscheinen. Die Lebensrealität der Bürger ist eine andere, und die täglichen Vorteile des wachsenden Europas vom grenzenlosen Reisen im Schengen-Raum bis zur Währungsunion werden der EU nicht instinktiv zugerechnet. Krisen und Skandale werden viel eher der Europäischen Union zur Last gelegt.

Dafür ließen sich viele Beispiele zitieren, und nicht nur aus den EU-Mitgliedstaaten, die die Wirtschafts- und Schuldenkrise noch nicht völlig überwunden haben, wo die Arbeitslosigkeit bei 15, 20 Prozent oder höher liegt und eine ganze Generation junger Menschen trotz guter Ausbildung immer noch kaum die Möglichkeit zum Berufseinstieg hat. Auch in Deutschland sieht es nicht anders aus: In einer der reichsten Gegenden Süddeutschlands kam ich vor wenigen Wochen wie viele andere hundert Menschen jeden Tag an einem blühenden Biobauernhof vorbei. An der Hausfront hatte der Bauer verschiedene Artikel und Pressemitteilungen ausgehängt, die darüber berichteten, dass nach einer Initiative des Europäischen Parlamentes Einträge von Pollen aus genveränderten Pflanzen in Bio-Honig keiner Kennzeichnungspflicht mehr unterworfen sind. Der Bürger versteht dabei: Die Europäische Union – hier in Gestalt des Parlamentes – baut bei Bioprodukten den Schutz der Bürger ab: Genveränderte Organismen werden durch die Hintertür zugelassen und der Verbraucher kann ihnen selbst, wenn er es will, nicht entgehen, weil es ohne Kennzeichnungspflicht keine Wahlmöglichkeit mehr gibt... Ein solches Europa will der Bürger nicht. Am selben Abend, beim Glas Wein im Restaurant, prasselten auf mich eine Viertelstunde lang sämtliche wohlbekannten Vorurteile und Urteile über die Brüsseler Bürokratie herein, als meine freundlichen, weitgereisten und gebildeten Tischnachbarn bemerkten, dass ich in Brüssel arbeite und mit der EU zu tun habe. Für meine Tischnachbarn bedeutete Europäische Union nicht etwa Freiraum zur Entfaltung der Bürger auf einem friedvollen



Kontinent, sondern bürokratische Gängelung: Stabsauger, Duschköpfe, unnötige Regulierungen aller Art.

Erfahrungen wie diese verdeutlichen vielleicht, warum die Europawahl im Mai von vielen mit so viel Indifferenz aufgenommen wurde und die Wahlbeteiligung nicht höher ausfiel. In den kommenden fünf Jahren müssen die Institutionen der EU mehr tun als in der Vergangenheit, um das Europa der Bürger und Menschen voranzubringen und die Belange der Bürger aufzugreifen, statt etwas zu oktroyieren. Sie müssen nicht nur besser legitimieren und erklären, was sie tun, sondern bei der Auswahl ihrer Aktivitäten und Gesetzgebungsvorhaben die Prioritäten richtig setzen. Die Priorität beim Bürger, und Europa als Europa seiner Menschen und nicht nur der Kapitalkräfte. Nur so kann das historische europäische Einigungswerk neue Legitimität und die Unterstützung seiner Bürger gewinnen. Nur so werden sich die Bürger auch für die Union einsetzen und sich für die Bildung und Ausrichtung ihrer Institutionen interessieren – zum Beispiel bei Wahlen.

Die Perspektiven, die Jean-Claude Juncker in seinen Leitlinien dazu aufgezeigt hat, geben zu Zuversicht Anlass. In unserem Verband der Europa-Union wollen wir in den kommenden Monaten dazu diskutieren und für Europa werben. Dazu haben wir die traditionellen ER-Debriefings, die Fachveranstaltungen unserer Quo Vadis-Reihe oder auch die Veranstaltungen für die spezielle Zielgruppe der Praktikanten.

Und am 3. September haben wir unsere diesjährige Mitgliederversammlung in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Die rege Teilnahme unserer Mitglieder ermutigt uns, weiterzumachen.

Machen Sie mit und engagieren Sie sich für Europa in unserem Verband!

Ihr Dr. Michael A. Köhler

**Mit der Neuwahl des Europäischen Parlaments haben zahlreiche verdiente Abgeordnete das Haus verlassen. Einige von ihnen haben wir um einen kurzen Rückblick gebeten.**

**★ Mehr Freiheit. Mehr Sicherheit: Rückblick auf zehn Jahre im Europäischen Parlament (2004-2014)**

*von Alexander Alvaro, FDP*

Im Juni 2004 wurde ich mit 29 Jahren damals jüngster Abgeordneter des Europäischen Parlaments. Mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung und einem Staatsexamen in Rechtswissenschaften im Gepäck, stieg ich wenige Tage später



am Bahnhof Brüssel aus dem Zug und machte mich auf den Weg zu meinem neuen Arbeitsplatz. Der Nebel der einer großen Institution innewohnenden Bürokratie und Verwaltung lichtete sich in den ersten Tagen des Mandats rasch und gab den Blick frei auf die enorme kulturelle Vielfalt und die anspruchsvollen Aufgaben, die mich im Europäischen Parlament erwarten würden.

Als Reaktion auf die Bedrohung durch den Terrorismus, wurde seit der Zerstörung des World Trade Center 2001 global der Überwachungsstaat ausgebaut. Mein Leitgedanke war aber, dass mehr Freiheit zu mehr Sicherheit führt – und nicht umgekehrt. Deshalb habe ich mich nach meiner Wahl ins Europaparlament sehr rasch dafür entschieden, einen Schwerpunkt meiner Arbeit in der Innen- und Sicherheitspolitik zu setzen. Dadurch konnte ich an so spannenden Themen wie der Vorratsdatenspeicherung, dem Rechtsrahmen für elektronische Kommunikation und der neuen Datenschutzverordnung maßgeblich mitarbeiten.

Mein Ziel: Bürgerrechte müssen verteidigt, bewahrt und ausgebaut werden. Da der aus-

wuchernde Überwachungsstaat eng mit der Entwicklung neuer Technologien verbunden ist, wurde ich ebenfalls stellvertretendes Mitglied des Industriausschusses, um für Um-sicht zu werben, damit neue Technologien bereits im Design- und Zulassungsstadium freiheitsfördernd gestaltet werden können. Als innenpolitischer Sprecher betonte ich stets, dass klar sein muss, ob eine Maßnahme a) einen Mehrgewinn an Sicherheit darstellt und b) dieses Mehr an Sicherheit im ange-messenen Verhältnis zum Grundrechtseingriff steht.

Mehr Sicherheit darf nicht zu Lasten von Frei-heit gehen. Ohne ein Leben in Sicherheit ist die Ausübung fundamentaler Freiheitsrechte in unserer Gesellschaft nicht möglich. Unsere Bürger- und Freiheitsrechte sind grundeuropä-ische Werte, deswegen muss Sicherheit immer auch als Bewahrer von Freiheit begriffen werden. Allerdings darf der Sicherheit nie-mals so viel Gewicht beigemessen werden, dass sie die Freiheit, die sie verteidigen soll, erdrückt und gefährdet.

Vor diesem Hintergrund habe ich seit 2004 die Arbeit von Kommission und Rat intensiv be-gleitet, sie kritisch hinterfragt und die europä-ischen Bürger hierüber informiert.

Freiheit bedeutet für mich die weitestgehende Selbstbestimmung des Individuums in allen Lebensbereichen, die Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte sowie die sozia-le Chance zur Wahrnehmung dieser Rechte. Die Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenze am ebenso großen Anspruch anderer Men-schen und zukünftiger Generationen auf Frei-heit. Freiheit, wie ich sie verstehe, bedeutet stets auch Verantwortung. Dazu gehört zu-nächst, die Konsequenzen für das eigene Handeln zu bedenken und zu tragen, aber auch stets die Verantwortung gegenüber den Mitmenschen und den kommenden Generati-onen. Als Volksvertreter verstand ich meine Aufgabe darin, vor allem die längerfristigen Folgen politischen Handelns zu berücksichti-gen. Zukünftige Gestaltungsmöglichkeiten

dürfen nicht beschnitten werden, um kurzfris-tig Wohlstand und Privilegien zu sichern. Ich hoffe, dass die Parlamentarier der kom-menden Legislaturperioden diese Verantwor-tung übernehmen wollen und werden.

*Alexander Alvaro war innenpolitischer Spre-cher der Liberalen (2004-2009), stv. Vorsit-zender des Haushaltsausschusses (2009 - 2011) und Vizepräsident des Europäischen Parlaments (2012-2014)*

### ★ Mein Europa

Von Jutta Hau, SPD

20 Jahre war ich Mitglied im Europä-ischen Parlament, vier Legislaturen habe ich parlamen-tarisch-gesetzgeberisch auf europäischer Ebene gearbeitet. Nun be-ginnt für mich ein neuer Lebensab-schnitt – keines-wegs ohne Europa, aber ohne tägliche „Tret-mühle“. Wie könnte ich auch ohne Europa leben? Europa gehört zu meinem ganzen Le-ben.



Aufgewachsen in einem sozialdemokratischen Elternhaus, begonnen lesen und schreiben zu lernen, als die ersten sechs Staaten die Euro-päische Gemeinschaft bereits beschlossen hatten und lebten, gab es für mich keinen Zweifel, dass die Europäische Einigung nicht nur Pflicht, sondern auch Wunsch eines jeden Europäers war. Derart sozialisiert, brauchte ich also kein „Erweckungserlebnis“, „mein Europa“ war von Beginn an klar. Auch wenn sich das jetzt so anhört, als sei „mein Europa“ das pure Bauchgefühl, kann ich versichern: das ist es keineswegs.

Schon als Kinder haben wir gelernt, unsere Haltungen, unsere Entscheidungen und unse-re Handlungen zu überdenken und mit Ver-stand zu begründen. So war meine Idee von Europa nicht das gefühlige, völkerverständi-

gungs-gemeinsame Europa. Für mich war klar und ist es bis heute: die Europäische Einigung war die große und einzige Chance Deutschlands nach dem verheerenden Krieg, mit dem es nicht nur Europa, sondern die ganze Welt überzogen hatte, und nach dem unvorstellbar abscheulichen Verbrechen des Holocaust wieder in die demokratische Völkergemeinschaft aufgenommen zu werden.

Nicht nur im Elternhaus, auch in der Schule lernten wir, dass viele Probleme in vielen Politikfeldern nur noch in europäischer Zusammenarbeit, wenn nicht gar weltweit, gelöst werden können. Der Nationalstaat in seiner alten Form hatte für uns ausgedient.

Meine Kindheit und Jugend verbrachte ich in dem sicheren Wissen: ich bin eine deutsche Europäerin. Auch als Erwachsene und Politikerin war und ist meine Identität „Europäerin im Ruhrgebiet“ oder „Ruhrgebietsfrau in Europa“, schließlich vereinte ich wie die meisten Menschen im großen Meltingpot durch meine Familie Polen, Spanier, Südwestfalen, Schlesier und westliche Westfalen in mir. Diese Identität hat mich auch alle Jahre durch mein Abgeordnetendasein im Europäischen Parlament getragen. Politik auf europäischer Ebene mitzugestalten, dabei mit beiden Beinen, selbst mit dem Kopf fest in der eigenen Region verankert zu sein, hat mich als Politikerin sehr zufriedengestellt. Dass ich mir als Hauptaufgabe im Parlament nun ausgerechnet den Haushalt der Europäischen Union ausgesucht habe, sollte eigentlich nicht verwundern: money makes the world go round. Zahlen sind nicht meine Leidenschaft, aber notwendig, um die Politik, die sich dahinter verbirgt, mit beeinflussen zu können. Und das will ich!

„Du musst das Leben nehmen, wie es ist! Du darfst es nur nicht so lassen!“ war mein Antrieb für alles, was ich auf allen Ebenen und zu allen Zeiten getan habe. Auch für „mein Europa“ gilt das. Wir werden weiter arbeiten müssen auf dieser großen Baustelle – Weiterbau: ja! – Rückbau: nein!

*Jutta Haug war von 1994 bis 2004 Abgeordnete der SPD und stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses sowie Vorsitzende des Sonderausschusses zu den politischen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln für eine nachhaltige Europäische Union nach 2013.*

★ **35 Jahre Mitglied des Europäischen Parlaments: Ein persönlicher Rückblick**  
*Von Hans-Gert Pöttering, CDU*

Als die Bürgerinnen und Bürger aus neun europäischen Staaten im Jahre 1979 erstmals das Europäische Parlament wählten, war das ein ganz besonderes Ereignis. Deutschland war geteilt, Europa war geteilt, die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen waren von der Sowjetunion okkupiert. Zu diesem Zeitpunkt konnte niemand ahnen, dass nur 10 Jahre später der Fall der Mauer und die Öffnung der Grenzen in Richtung Mittel- und Osteuropa die Völker Europas wieder näher zueinander bringen würde. All dies hätte ich im Jahre 1979, als ich mit 33 Jahren als jüngster Abgeordneter meiner Fraktion in das erste direkt gewählte Europäische Parlament einzog, nicht zu hoffen gewagt. Viele „gestandene“ Politikerpersönlichkeiten waren 1979 unter den Parlamentariern, wie der ehemalige Bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel, der frühere Ministerpräsident Schleswig-Holsteins und Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel oder Bundeskanzler a.D. Willy Brandt. Ich habe es als großes Privileg empfunden, mit diesen Menschen zusammenzuarbeiten. Damals hatten die Abgeordneten noch kein Mitentscheidungsrecht in der Gesetzgebung, doch schrittweise konnten wir uns den Einfluss erkämpfen und unsere Möglichkeiten erweitern.





So hat das demokratisch gewählte Europäische Parlament seit dieser Zeit immer mehr an Bedeutung gewonnen: Von der anfänglich nur beratenden Versammlung entwickelte es sich hin zu einem mit dem Ministerrat gleichberechtigten Mitgesetzgeber in nahezu allen Politik-Bereichen. Auch wenn wir noch nicht am Ende dieser Entwicklung stehen, so habe ich in meinen verschiedenen Aufgaben, besonders als Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion (1999-2007) und als Präsident des Europäischen Parlaments (2007-2009), dazu beitragen können, unser Mitspracherecht gegenüber den anderen Institutionen entscheidend zu stärken. Insbesondere die Kontrollrechte gegenüber der EU-Kommission waren ein wichtiger Schritt zu mehr Demokratie.

Mehr als die Hälfte meines bisherigen Lebens bin ich heute Abgeordneter des Europäischen Parlaments. Ich erinnere mich gerne an die vielen besonderen Momente, die ich miterleben und mitgestalten durfte. Zu einem der freudigsten Ereignisse zähle ich die Deutsche Einheit am 3. Oktober 1990, die ohne die mutigen Menschen in unseren östlichen Nachbarländern nicht möglich gewesen wäre und die - anders als in manchen Hauptstädten Europas - hier im Europäischen Parlament begrüßt und unterstützt wurde. Dass die Parlamentarier sich mehrheitlich für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, für Freiheit und Demokratie aussprachen, war ein sehr schönes Gefühl von Vertrauen unter Kollegen. Als ein sehr bewegendes Erlebnis habe ich in Erinnerung, als wir am 1. Mai 2004 zehn Staaten aus Mittel- und Osteuropa in der Europäischen Union (EU) willkommen heißen konnten, darunter zahlreiche ehemalige Mitglieder des Warschauer Pakts. Die friedliche Überwindung der Teilung Europas bleibt für mich das Wunder unserer Generation.

Dankbar bin ich auch dafür, dass ich als Präsident des Europäischen Parlaments zusammen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel als Präsidentin des Europäischen Rates und José Manuel Durão Barroso, dem Präsidenten der Europäischen Kommission, anlässlich des 50. Jahrestages der Römischen Verträge am 25.

März 2007 die „Berliner Erklärung“ unterzeichnen durfte, die zum Vertrag von Lissabon führte. Zudem war ich am 12. Dezember 2007 Mitunterzeichner der „Charta der Grundrechte“ der EU, die mit dem Vertrag von Lissabon rechtswirksam wurde. Darin wurde die Grundlage unserer Wertegemeinschaft verbindlich in Worte gefasst.

Meine schwierigste politische Aufgabe bleibt für mich das »Haus der Europäischen Geschichte«, welches ich in meiner Programmrede als Präsident des Europäischen Parlaments anregte und seitdem als Vorsitzender des Kuratoriums begleite. Nachdem wir unzählige Hürden überwunden haben, ist nun endlich die Zielgerade in Sicht. Die erforderlichen Umbauarbeiten am Gebäude im Parc Léopold, direkt neben dem Parlamentsgebäude in Brüssel, gehen gut voran und wir sind zuversichtlich, das „Haus der Europäischen Geschichte“ spätestens Anfang 2016 eröffnen zu können. Die Ausstellung soll ein Ort der Begegnung sein, welcher uns Europäerinnen und Europäer, vor allem die junge Generation, an die tragische Geschichte unseres Kontinents mit zwei Weltkriegen im 20. Jahrhundert und die Errungenschaften der europäischen Einigung als Union des Friedens und der Freiheit erinnert.

Als nunmehr einziger Abgeordneter, der dem Europäischen Parlament seit der ersten Direktwahl vor 35 Jahren ununterbrochen angehört, bin ich mehr als 3.500 Kolleginnen und Kollegen begegnet. Viele meiner langjährigen Weggefährten sind mir Vertraute und gute Freunde geworden. Wenn ich jetzt das Parlament verlasse, verspüre ich große Dankbarkeit, auf dreieinhalb Jahrzehnte erfüllte Arbeit und bereichernde Begegnungen zurückblicken zu können. Gemeinsam haben wir viel erreicht, oder um es mit den Worten aus der Berliner Erklärung zu sagen: „Wir sind zu unserem Glück vereint.“

*Dr. Hans-Gert Pöttering war der einzige Abgeordnete, der dem Europäischen Parlament seit der ersten Direktwahl im Jahr 1979 ununterbrochen bis 2014 angehörte. Er war Lan-*



*desvorsitzender der Europa-Union Niedersachsen von 1981 bis 1991, Präsident der Europa-Union Deutschland von 1997 bis 1999, Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei und Europäischer Demokraten (EVP-ED) von 1999 bis 2009 und von 2007 bis 2009 Präsident des Europäischen Parlaments. Seit 2010 ist er Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Im März 2014 erschien seine politische Autobiographie „Wir sind zu unserem Glück vereint – Mein europäischer Weg“.*

### ★ Bye, bye Brüssel....

*Von Heide Rühle, Grüne*

Ich verlasse Brüssel mit einem weinenden und einem lachenden Auge:



Erleichtert habe ich den Trolley in die hinterste Ecke gestellt, die wöchentlichen Reisen nach Brüssel oder Straßburg werde ich sicher nicht vermissen. Auch auf den Abstimmungsmarathon oder die vielen Gremiensitzungen verzichte ich gerne und Prestige-Ämter waren mir schon lange eher eine Last.

Vermissen werde ich die konstruktive Sacharbeit über Fraktionsgrenzen hinweg, die auch Mitglieder kleinerer Fraktionen Einfluss auf wichtige Entscheidungen ermöglichte. Das war eine ganz neue Erfahrung für mich. Auch die Möglichkeit sich mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Mitgliedstaaten auszutauschen und so aus erster Hand die Probleme vor Ort kennen und verstehen zu lernen wird mir fehlen. Eine meiner schönsten Erfahrungen war ein Gespräch mit einer jungen polnischen Studentin während einer Delegationsreise nach Krakau. Für sie war das Beste an der EU, dass sie nun mit mir, einer älteren Deutschen, auf englisch kommunizieren könne, ohne Belastungen durch die Vergangen-

heit beider Länder. Das große multinationale Europa ist eine Bereicherung!

Allerdings nicht für alle. Der Europawahlkampf hat deutlich gemacht, dass dieses große multinationale Europa auch Ängste und Ressentiments weckt. Le Pen, Farage und Wilders schwimmen auf dieser Welle, sie haben sie aber nicht geschaffen. Es gibt die Angst in diesem Europa zu den Verlierern zu gehören. Und ich hoffe das neugewählte Parlament wird sich auch um die bemühen, die in großer Distanz zur EU leben. Dazu braucht es aber auch die Unterstützung der nationalen Politikerinnen und Politiker. Viel zu häufig nutzen diese die EU in erster Linie für die eigenen Interessen und die eigene Machtabsicherung. Europa wird so zum Spielball nationaler Politik. Auch das trägt zum Missmut über die EU bei.

Europa gilt zunehmend als bürokratisch und herzlos. Auf der einen Seite wird die Regulierung kleinster Alltagsfragen beklagt, gleichzeitig werden aber auch viele Reformanforderungen als Deregulierung gewohnter Strukturen erlebt und befürchtet. Nun war es noch nie einfach in Krisenzeiten Politik zu machen, allerdings hatte man in Brüssel doch häufig den Eindruck der Politik sei diese Krise gar nicht mehr voll bewusst.

In Krisenzeiten sollte man sich auf das Wesentliche konzentrieren. Sätze wie diesen hat man in diesem Europawahlkampf viel gehört. An der Frage aber was nun das Wesentliche ist, wird sich noch viel Streit entzünden. Sicher bei den Ölkännchen sind wir uns alle einig, kritischer wird schon wenn es um den Erhalt gewachsener Strukturen z.B. in der Daseinsvorsorge geht. Oder nehmen wir die Ökodesignrichtlinie. Welche Anreize darf Europa setzen, wenn es um die Förderung innovativer energiesparenderer Geräte geht. Wie weit darf und kann Industriepolitik gehen?

Ich werde bei diesen Fragen nicht mehr mitmischen, da mischt sich Erleichterung mit Bedauern. Doch dafür gibt es viel Neues wofür ich bisher nie genügend Zeit hatte. Und die

Auseinandersetzung mit Europa beginnt ja schon im Kleinen.

Ich wünsche den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen viel Glück und hoffe, sie bauen für viele in den nächsten 5 Jahren eine Brücke nach Europa.

*Heide Rühle war von 1990-1991 Sprecherin des Bundesvorstandes und von 1991-1998 Politische Geschäftsführerin der Grünen. 1999 war sie Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen bei der Europawahl und von 2002-2004 stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament. Abgeordnete im Europäischen Parlament war sie von 1999-2014.*

## Unsere Veranstaltungen der vergangenen Monate

### ★ Europa vor der Wahl

In Zusammenarbeit mit der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich hatte die Europa-Union am 8. April 2014 zur Veranstaltung „Europa vor der Wahl“ eingeladen. Nach der Begrüßung durch Friedrich von Heusinger, Leiter der Vertretung des Landes Hessen bei der EU, führte Prof. Dr. Frank Hoffmeister, Vorstandsmitglied des Brüsseler Verbands der Europa-Union Deutschland, in die Thematik ein. Im Anschluss diskutierten die Abgeordneten Dr. Udo Bullmann, Vorsitzender der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Daniel Caspary, handelspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion, Markus Ferber, damaliger Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Europäischen Parlament, Rebecca Harms, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament, Alexander Graf Lambsdorff, Vorsitzender der FPD-Gruppe im EP und Gabriele Zimmer, Fraktionsvorsitzende der Fraktion Vereinte Europäische Linke.



Foto: Alexander Louvet

Die Diskussion wurde moderiert von Dr. Detlef Fechtner, EU-Korrespondent bei der Børsenzeitung. Wir freuen uns, dass der gemeinsamen Einladung über 350 Personen gefolgt sind.

### ★ "Im Osten viel Neues? - Perspektiven für die Östliche Partnerschaft"

Am 5. Mai 2014 luden die Europa-Union und die Hessische Landesvertretung zu einem weiteren Sandwich-Lunch in die Vertretung des Landes Hessen bei der EU eingeladen. Nach Begrüßung durch den Leiter der Vertretung Friedrich von Heusinger und einer Einführung durch Niels Schuster, Mitglied im Vorstand der EUD Verband Brüssel, hielt Prof. Dr. Michael Köhler, Vorsitzender des Brüsseler Verbandes und der Direktor für Nachbarschaftspolitik in der Generaldirektion für Entwicklung und Zusammenarbeit der Europäischen Kommission ein Impulsreferat. Dabei ging er besonders auf die Konzeption der Nachbarschaftspolitik der EU ein und betonte die an Werten orientierte Außenpolitik der EU, die sich gerade nicht nur an eigenen Interessen orientiere. Gerade angesichts der aktuellen Entwicklungen in der Ukraine sei es notwendig zu betonen, dass die Nachbarschaftsabkommen die bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen der Staaten nicht einschränken sollen und damit eben nicht gegen Russland gerichtet seien, sondern den Menschen in diesen Staaten die Möglichkeit eröffnen, sich für eine Weiterentwicklung ihrer gesellschaftlichen Ordnung frei entscheiden zu können.

*Die EUD-Sandwich-Lunches finden in loser Reihenfolge statt. Das Konzept ist einfach:*

*Sandwich mitbringen und über Mittag mit einem interessanten Referenten diskutieren.*

★ **Veranstaltung zum „Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP“**

Am 12.03.2014 luden die EUD Brüssel und die Hessische Landesvertretung gemeinsam zu einem „Sandwich-Lunch“ in die Vertretung des Landes Hessen bei der EU ein. Für Fragen und Antworten rund um das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA stand den Teilnehmern Prof. Dr. Frank Hoffmeister, stellvertretender Kabinettschef des EU-Handelskommissars Karel de Gucht und Vorstandsmitglied der EUD Brüssel, zur Verfügung.



Neben Wachstumsimpulsen wird von dem Abkommen nach Einschätzung von Prof. Hoffmeister auch eine Signalwirkung für die Handelsbeziehungen mit anderen Partnern der EU ausgehen. Im Bereich des Marktzugangs sei das Ziel, Zölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse zu reduzieren sowie beide Märkte für Dienstleistungen zu öffnen. Dies bedeute jedoch nicht, dass europäische Standards abgesenkt würden. Die Zulassungsverfahren in der EU blieben in Kraft. Mit Blick auf den umstrittenen Investitionsschutz verwies Prof. Hoffmeister auf die Ende März eingeleitete Konsultation der EU-Kommission. Da es sich bei TTIP um ein völkerrechtliches Abkommen handle, müssten am Ende des Verfahrens Rat und EP ihre Zustimmung geben. Es liege daher auch im Eigeninteresse der

Kommission, dass das Ergebnis der Verhandlungen mehrheitsfähig ist.

★ **"Im EUD-Debriefing mit dem polnischen EU-Botschafter Marek Prawda**

Auf Einladung der EUD Brüssel informierte der polnische Ständige Vertreter, Herr Botschafter Dr. Marek Prawda, am 24.03.2014 im Brüsseler Goethe-Institut über die Ergebnisse des Frühjahrstreffens der europäischen Staats- und Regierungschefs. Neben den Bereichen Klima und Energie sei das Ratstreffen von den aktuellen Entwicklungen in der Ukraine überschattet worden, die wiederum Rückwirkungen auf die Energiepolitik der EU haben könnten. Als Land mit energieintensiven Industriezweigen könne sich Polen einen radikalen Ausstieg aus der Kohle nicht leisten. Wirtschaftspolitisch bedeute eine verstärkter Übergang zu Erdgas auch mehr Abhängigkeit. EU-Botschafter Prawda sah die Krise in der Ukraine jedoch auch als Chance, die Potenzial für eine neue europäische Erzählung berge: „Wir müssen der Aspiration der Demonstranten vom Maidan einen Namen geben“, so der EU-Botschafter. Nur so könnten deren Emotionen für konstruktive Reformen in der Ukraine fruchtbar gemacht werden.

★ **„Brüssel persönlich – Aus dem Maschinenraum der EU“**

Am 29.04.2014 luden die EUD Brüssel und der Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes NRW, Dr. Marc Jan Eumann, zu der Veranstaltung „Brüssel persönlich – Aus dem Maschinenraum der EU“ ein.



Foto: Schmitt/LV NRW

Das neue Format sollte insbesondere denjenigen eine Bühne bieten, die im eher grauen Bereich der großen technischen Arbeits- und Entscheidungsmechanik Europas, dem Maschinenraum der Europäischen Union, eine Rolle in den Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen spielen, und ihren persönlichen Erfahrungen, Einsichten und Erfolgsrezepten für den europäischen Integrationsprozess. Unter der Moderation von Sabine Seeger diskutierten u.a. Prof. Dr. Karsten Rudolph, Vera Brenzel, Karl-Friedrich Falkenberg, Dr. Guido Peruzzo, Ruth Reichstein, Dr. Rudolf Strohmeier, Rolf-Dieter Krause und Thomas Wobben. Aus aktuellem Anlass der anstehenden Fernsehdebatten zwischen den Spitzenkandidaten zur Europawahl wurde u.a. die Frage kontrovers diskutiert, welche Rolle Politik und Medien bei der Vermittlung europäischer Politik spielen können und sollen.

#### ★ EUD-Veranstaltung "Im Osten viel Neues? - Perspektiven für die Östliche Partnerschaft"

Am 05.05.2014 luden die EUD Brüssel und die Hessische Landesvertretung gemeinsam zu einem weiteren Sandwich-Lunch in die Vertretung des Landes Hessen bei der EU ein.

Dabei hielt der Direktor für Nachbarschaftspolitik in der Generaldirektion für Entwicklung und Zusammenarbeit der Kommission (und Vorsitzende der EUD Brüssel), Prof. Dr. Michael Köhler, ein Impulsreferat, in dem er besonders auf die Konzeption der Nachbarschaftspolitik der EU einging. Die an Werten orientierte Außenpolitik der EU orientiere sich gerade nicht nur an eigenen Interessen. Angesichts der aktuellen Entwicklungen in der Ukraine sei es notwendig zu betonen, dass die Nachbarschaftsabkommen die bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen der Staaten nicht einschränken sollen und damit eben nicht gegen Russland gerichtet seien, sondern den Menschen in diesen Staaten die Möglichkeit eröffnen, sich für eine Weiterentwicklung ihrer gesellschaftlichen Ordnung frei entscheiden zu können.

Dabei seien die aktuellen Entwicklungen in den weiteren für ein Assoziierungsabkommen in Frage kommenden Staaten Georgien oder Moldau durchaus differenziert zu bewerten, da den jeweils unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Realitäten Rechnung zu tragen sei. Es dürfe auch nicht vergessen werden, dass Reformen in diesen Staaten absolut notwendig seien und hierfür selbstverständlich auch die Unterstützung der Mitgliedstaaten der EU erfolgen müsse.

#### ★ Nach der Wahl: Wie weiter mit Europa?

Nach der Wahl des EP am 25.05.2014 sind deren Auswirkungen auf die nationalen und europäischen Politiken und auf die EU Institutionen noch nicht abzusehen. Die EUD Brüssel und die Vertretung des Landes Hessen bei der EU haben deshalb am 04.06.2014 zu der Veranstaltung „Nach der Wahl: Wie weiter mit Europa?“ eingeladen, um eine intensive Wahlanalyse zu betreiben und die Auswirkungen der Wahl zu erörtern.



Foto: Alexander Louvet

Der Hessische Staatssekretär für Europaangelegenheiten, Mark Weinmeister, brachte in seiner Begrüßungsansprache zum Ausdruck, dass bei dieser Wahl erstmals die Möglichkeit bestanden habe, politische Inhalte durch Spitzenkandidaten zu personifizieren und damit eine große Chance gegeben war, europäische Themen besser zu den Wählern zu transportieren. Im Anschluss erfolgte eine ausführliche, sich auf unterschiedliche Mitgliedstaaten der EU beziehende, Wahlanalyse von Anne Lauenroth von der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Die Aufstellung von Spitzenkandidaten hat nach ihrer Einschätzung vor allem in Deutschland und Luxemburg zu einer höheren Wahlbeteiligung beigetragen. Ansonsten sei insbesondere in Ländern mit starken EU-skeptischen Strömungen eine höhere Wahlbeteiligung zu beobachten gewesen. Die Polarisierung im Wahlkampf habe in vielen Mitgliedstaaten weniger entlang inhaltlicher Themen stattgefunden, sondern sich eher um die Frage pro/contra EU gedreht. Trotz aller Kritik würden die EU-Institutionen jedoch in vielen Mitgliedstaaten weiterhin ein höheres Vertrauen genießen als die nationalen Institutionen.

#### ★ Tag der offenen Tür in Brüssel

Zur Feier des Europatags im Mai öffnen die EU-Institutionen in Brüssel jährlich ihre Türen und gewähren den Bürgerinnen und Bürgern einen Einblick in ihre tägliche Arbeit. Der Tag der offenen Tür, der in diesem Jahr am 17. Mai stattfand, bietet darüber hinaus auch den im europäischen Kontext agierenden Vereinen und Verbänden, Regionen und nicht zuletzt den Gemeinden der Region Brüssel-Hauptstadt, die Gelegenheit sich zu präsentieren. Traditionsgemäß war der Brüsseler Verband der Europa-Union gemeinsam mit dem Sekretariat der UEF, der UEF-Groupe Europe und UEF Belgien mit einem Stand auf der Solidarno Esplanade direkt vor dem Parlament vertreten. Die Aktionen standen in diesem Jahr ganz im Zeichen der Europawahlen.



Mitglied Johannes Theiss präsentiert die Kampagne "Towards a Federal Europe".

Die UEF stellte ihre Kampagne "Towards a Federal Europe" ([www.towardsfederaleurope.eu](http://www.towardsfederaleurope.eu)) vor.

Ein Aufmerksamkeitsmagnet war auch in diesem Jahr die Bodenzeitung der Europa Union Deutschland. Bei dieser Aktion antworten die Bürgerinnen und Bürger auf europapolitische Fragen und können ihre Erwartungen an Europa formulieren. Der Tag der offenen Tür 2014 war rundum gelungen – ein großer Dank gilt besonders den Mitgliedern und Freunden des Brüsseler Verbandes der Europa Union für die Standbetreuung!

#### ★ Letztes EUD-Debriefing mit EU-Botschafter Peter Tempel

Am 30.06.2014 berichtete der Ständige Vertreter Deutschlands bei der EU, Peter Tempel, auf Einladung der EUD Brüssel im Goethe-Institut über das Treffen des Europäischen Rates, das am 26. und 27. Juni stattfand. Der Vorsitzende der EUD Brüssel, Prof. Dr. Michael Köhler, dankte dem scheidenden EU-Botschafter für seine stete Bereitschaft, das interessierte Brüsseler Publikum im Rahmen der EUD-Debriefings aus erster Hand über die Ereignisse bei den EU-Ratstreffen zu informieren. Botschafter Tempel betonte zunächst, dass auf der Agenda des Rates nicht nur die in den Medien sehr präsente Debatte um das zukünftige europäische Spitzenpersonal rund um den Kommissionspräsidenten gestanden habe, sondern auch bedeutende inhaltliche Beschlüsse und die Gedenkveranstaltung in Ypern anlässlich des hundertsten Jahrestags des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs. Inhaltlich hob Tempel die nun unterzeichneten EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, Moldau und Georgien hervor, die gemeinsam mit Ypern ebenfalls die friedensstiftende Wirkung des europäischen Projekts verdeutlichten. Zum Europäischen Semester und den länderspezifischen Empfehlungen sagte Tempel, dass der „Prozess mittlerweile sehr gut akzeptiert“ werde und die nationale Umsetzung immer besser werde. Die neue strategische Agenda, die von Herman van Rompuy, dem Präsidenten des Europäischen Rates, erarbeitet wurde, solle die „Arbeit der Instituti-

onen leiten“ und sei „ein Arbeitsauftrag für die nächsten fünf Jahre“. U.a. werden in der strategischen Agenda Themen wie Migration, Asyl, Sicherheit und Justiz angesprochen. Neben den inhaltlichen Schwerpunkten des Gipfels habe natürlich auch die Personaldebatte eine wichtige Rolle gespielt, nach der Jean-Claude Juncker mit großer Mehrheit für das Amt des Kommissionspräsidenten vorgeschlagen worden sei. Die Einführung dieses neuen Prozesses sei ein Teil der europäischen Einigung, allerdings sollten Bedenken einzelner Mitgliedstaaten ernst genommen und zukünftig so früh wie möglich ausgeräumt werden.

## ★ 9 Fragen an Benjamin Hartmann

### 1. Tätigkeit:

Mitglied des Juristischen Dienstes der Europäischen Kommission (Team Handelspolitik und WTO)



### 2. In Brüssel seit:

2008

### 3. Hobbys:

Chinesisch lernen. Durch China reisen. Niederländisch lernen. Belgien und die Niederlande besser kennenlernen. Regenschirme sammeln. Wandern in den Ardennen. Laufen.

### 4. Man trifft mich:

Etwa mit Neffe und Nichte auf der "Ferme Nos Pilifs". Oder bei einem Bummel durch die Marollen am Wochenende.

### 5. Mein Geheimtipp in Belgien:

Kajakfahrt auf der Semois mit einem Picknick zu Füßen der malerischen Burg Bouillon.

### 6. Meine Buchempfehlung:

"Ostende: 1936, Sommer der Freundschaft", von Volker Weidermann. Ein Buch zum Leben in einem Übergang. Und auch mit ein paar Bemerkungen zu Belgien, etwa: "Das Land der Vitalität, Kraft, Energie und eines intensiven, eines anderen Lebens. Das war es, was

er an diesem Land, an diesem Meer so liebte."

### 7. Lieblingszitat oder Motto

Sometimes being a brother or sister is even better than being a superhero.

### 8. Bei der Europa-Union bin ich dabei:

Ich engagiere mich bei der Europa-Union, weil ich die Zusammenarbeit als sehr positiv empfinde. Durch die Europa-Union kommen Gespräche und Diskussionen zustande, die mir wichtig sind. Die Europa-Union bringt Menschen zusammen, die sich im Beruf, im Alter, in der Herkunft und auch in den Ansichten durchaus unterscheiden, die aber das Interesse am Thema "Europa" vereint. Seit ich als Student beitrug, haben mich diese Diskussionen sehr geprägt.

### 9. Europa bedeutet für mich:

Bereits während der Schulzeit Wochen und Monate etwa in Frankreich, Polen und Großbritannien verbringen zu können. Das Studium in Frankreich beginnen zu können und es nach weiteren Semestern in anderen EU-Staaten schließlich zum Beispiel in Deutschland abschließen zu können. Freunde in anderen Teilen Europas zu haben. Europa als Alltag zu erleben. Manchmal nicht zu wissen, welche Sprache wohl die Menschen sprechen werden, denen man auf der Straße als nächstes begegnen wird. Andere Sichtweisen zu erleben. Zu lernen. Das Gefühl, an einem Projekt mitzuwirken, dessen Schönheit zum Teil auch in seiner Schwierigkeit liegt.

### ★ Info-Veranstaltungsreihe exklusiv für Praktikanten

Gibt es in Ihrer Organisation **generische E-Mailadressen**, die von Praktikanten verwendet werden, wie [praktikant@organisation.eu](mailto:praktikant@organisation.eu)?

Schicken Sie sie uns an [info@eud-bruessel.eu](mailto:info@eud-bruessel.eu) und wir nehmen auch Ihren Stagiaire in unseren Verteiler auf.



★ **Termine**

Anlässlich des 100. Jahrestages des Beginns des 1. Weltkriegs bieten wir eine **Tagesfahrt nach Ypern am Sonntag, den 19. Oktober 2014** (ganztägig) an. Der Kostenbeitrag 20 € für Busfahrt, Eintritt Museum sowie Stadtführung, in englischer Sprache sind 20,- Euro. Anmeldung bis spätestens 10. Oktober 2014 an [ypres2014\\_eudbruessel@yahoo.de](mailto:ypres2014_eudbruessel@yahoo.de)

★ **Mitteilungen**

Die Beitragsrechnungen für das Jahr 2014 wurden im September versandt.

Wenn sich Ihre Anschrift oder E-Mailadresse ändert, so geben Sie uns bitte umgehend Bescheid.

★ **Impressum**

Europa-Union Deutschland e.V.  
Verband Brüssel  
c/o UEF  
Square de Meeûs 25  
B - 1000 Brüssel  
Tel: 02 8086259 · Fax: 02 791 5795  
E-Mail: [info@eud-bruessel.eu](mailto:info@eud-bruessel.eu)  
[www.eud-bruessel.eu](http://www.eud-bruessel.eu)

**Redaktion:** Christoph Fuchs, Georg Becker  
Redaktionsschluss: 20.09.2014

**Fotonachweise:** Abgeordnete: alle Europäisches Parlament, sofern nicht anders gekennzeichnet, alle anderen Europa-Union Deutschland, Verband Brüssel

**Bankverbindung:**

Konto: 363-0201214-76 (ING)  
IBAN: BE91 3630 2012 1476  
BIC: BBRUBEBB

Gerne nehmen wir **Gastbeiträge von EUD-Mitgliedern** in den Mitgliederbrief auf. Bei Interesse können Sie sich gerne an Christoph Fuchs wenden:

[christoph.fuchs@europarl.europa.eu](mailto:christoph.fuchs@europarl.europa.eu)

